

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Gesamt Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in 1925.

Die an das Jahr 1925 geknüpfte Hoffnung, daß es die Triebkraft eines neuen Aufstiegs der Gewerkschaften einleiten werde, hat sich leider nicht in dem erwarteten Maße erfüllt. Wohl trat in der ersten Hälfte des Jahres eine reuliche Zunahme der Mitgliederzahl ein. Doch die im Herbst ausgebrochene schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Beschäftigungslosigkeit ankündigte, lähmte die weitere Entwicklung. Immerhin schließt das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem Mehr von 158 644 Mitgliedern ab.

Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossener Verbände verringerte sich von auf 40. Der Verband der Chorsänger schied im April 1925 aus dem ADGB, er gehört nunmehr dem AFV-Bund. Bei seinem Ausscheiden zählte dieser Verband 8457 Mitglieder. Die im ADGB vereinigten 40 Verbände hatten am Ende des Jahres zusammen 4 182 511 Mitglieder, von denen 4 028 887 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Mitgliederstand an Mitgliedern wurde mit 4 218 545 im September erreicht. Im Durchschnitt des Jahres hatten die Verbände 4 156 451 Mitglieder, darunter 751 585 männliche und 122 182 jugendliche.

Die Klassenverhältnisse der Verbände haben im allgemeinen außerordentlich gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen, und damit ist auch die Beitragseinnahme erheblich gewachsen. Die Gesamteinnahme betrug 147 526 701 M gegen 97 087 600 M im Jahre 1924. Von der Jahreseinnahme 1925 kommen 258 640 M auf Beitragsleistungen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 125 874 093 M. Für Unternehmungen wurden 88 042 727 M, für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 29 656 960 M, für Verbandstätigkeit und Bildungszwecke 5 968 770 M und für Agitation, Versammlungen, Verbindungen usw. 21 723 250 M ausgegeben. Die Ausgaben für Unterstützung sind gegen das Vorjahr um 22 698 116 M gestiegen. Die Unterstützung erforderte eine Ausgabe von 35 482 386 M. Davon entfielen 29 340 684 M auf die Orts- und Gauverbände, der übrige Teil auf die Zentralverbände. Unter dem Einfluß der verbesserten Finanzlage ist der Anteil der Ausgaben für Unterstützungen an den Gesamtausgaben zugenommen, während andererseits die Verwaltungsanteile zurückgegangen. Von je 100 M der Gesamtausgaben wurden für Unterstützungen verausgabt 26,26 M, gegen 1924 14,98 M. Von den Unterstützungsleistungen entfielen auf: Arbeitslosenunterstützungen 13 814 291 M, Krankenunterstützung 14 180 286 M, Notfallunterstützung 1 564 M, Sterbefallunterstützung 1 727 188 M und auf übrigen Unterstützungen 2 286 398 M.

Eine recht erfreuliche Entwicklung verzeichnen die Ortsverbände des ADGB. Ihr Bestand war anders hart von der Währungsnotkatastrophe betroffen. Inzwischen haben viele Ortsverbände, die ihre Tätigkeit einstellen mußten, diese wieder aufgenommen. Die Statistik für 1925 wurde der Bestand von 1067 Ortsverbänden festgestellt, von denen 1014 bestehen. Diesen waren am Ende des Jahres 11 168 Gewerkschaften angeschlossen. Von der Statistik wurden erfasst 952 Mitglieder, darunter 603 858 weibliche und 344 jugendliche.

Die größeren Ortsverbände verfügen über recht bedeutende und für die Arbeiterschaft wertvolle Einrichtungen. In 27 Orten bestehen Gewerkschaftshäuser, von denen sich 102 im Eigenbesitz der Ortsverbände befinden. Diese sind meistens Versammlungsräume, Bureaus und Kantinen eingerichtet, in 15 befinden sich Hotelbetriebe, 36 sind mit Herbergen verbunden. In den Gewerkschaftshäusern findet das gemeinsame Zusammenwirken der Gewerkschaften am Ort für gleiche Ziele eine Stätte. Für

die Mitglieder recht wertvolle Einrichtungen sind die Rechtsberatungsstellen der Ortsverbände. Im Berichtsjahre unterhielten 115 Ortsverbände Arbeitersekretariate, die von praktisch geschulten Angestellten verwaltet wurden. Elf Sekretariate zählten als Bezirkssekretariate, die im Auftrage des Bundes die bei den Oberverwaltungsämtern anhängig gemachten Streitigkeiten zu vertreten haben. Die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt wird von der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes wahrgenommen. Außer den Sekretariaten bestanden 219 Rechtsauskunftstellen, die nebenberuflich verwaltet wurden, 48 Ortsverbände unterhielten zur Erleichterung ihrer Geschäfte eigene Bureaus mit Angestellten. Auf dem Gebiet des Bildungswesens entfalten die Ortsverbände eine hervorragende Tätigkeit. In 698 Orten befanden sich gemeinsame Bibliotheken.

Die Beitragsleistungen für die Ortsverbände haben sich im Berichtsjahre sehr gehoben. Insgesamt vereinnahmten die an der Statistik beteiligten Ortsverbände 1925 2 587 610 M, davon flossen 2 057 681 M aus Beiträgen. Die Gesamtausgabe bezifferte sich auf 2 328 504 M. Die Rechtsberatungsstellen erforderten einen Kostenaufwand von 709 058 M, und für Bildungszwecke wurden 349 138 M verausgabt. Die Arbeitersekretariate erhalten als gemeinnützige Einrichtungen in vielen Fällen auch Zuschüsse aus öffentlichen Kassen. Diese Zuschüsse beliefen sich 1925 auf insgesamt 88 715 M. Davon kamen aus Staatskassen 20 886 M und aus Gemeinde- und Kreisstellen 58 229 M. 9660 M wurden von andern Körperschaften aufgebracht.

Das demnächst erscheinende neue Jahrbuch des ADGB enthält eine durch zahlreiche Tabellen belegte eingehende Darstellung des organisatorischen Bestandes des ADGB und der Finanzgebarung der dem Bund angeschlossenen Verbände im Jahre 1925. Es sei schon jetzt auf das für die Erkenntnis des Wirkens der in Deutschland maßgebenden gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bedeutsame Werk hingewiesen.

Die Förderung des Arbeiterschutzes.

Auf der Tagung des Bundesauschusses des ADGB in Düsseldorf hielt der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Syring, ein instruktives Referat über die Förderung des Arbeiterschutzes. Er führte aus:

In allen Kulturländern breche sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß der Schutz der Arbeiter gegen gesundheitliche und Lebensgefahren im Betriebe eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Der Krieg hat zahlreich Arbeiter in ihrer Gesundheit geschädigt und in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkt; dreieiertel Millionen Kriegsheilungsbefähigte befinden sich als Arbeitskräfte mit beschränkter Arbeitsfähigkeit unter der Arbeitnehmerschaft Deutschlands. Aber auch die friedliche Betriebsarbeit birgt große Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Im Jahre 1923 entfielen auf 24 Millionen versicherte Personen 400 000 Personen, die Unfälle erlitten hatten, von denen wiederum 77 000 eine Rente beziehen; 7500 Betriebsunfälle verliefen tödlich. An jedem Werktag erlitten 1500 Personen Unfälle im Betriebe, von denen 230 eine Rente bekommen mußten. Von den tödlichen Unfällen entfielen 26 auf einen Tag. Insgesamt beziehen 792 000 Personen, die Betriebsunfälle erlitten haben, beziehungsweise ihre Hinterbliebenen, Renten aus der Unfallversicherung. Die kapitalisierte Unfallrentenlast beträgt rund 3 Milliarden Mark. Außer den Gefahren, die zu Unfällen führen, umgeben den Arbeiter im Betriebe Gefahren anderer Art, die ihn durch Erkrankungen aller Art in seiner Gesundheit schädigen. Gewisse Anhaltspunkte für die Größe dieser Gefahren und die Zahl solcher Erkrankungen lassen sich aus den entsprechenden Angaben der Krankenkassen entnehmen.

Der Staat ist sich der Aufgabe bewußt, die Arbeitnehmer gegen diese in den verschiedensten Formen auftretenden Gefahren für Gesundheit und Leben zu schützen. Was auf diesem Gebiet in den letzten Jahren geschehen ist, ist zwar nur Kleinarbeit, aber dennoch nicht ohne die gewünschte Wirkung. Gesetzliche Einzelschutzbestimmungen konnten nicht mit dem technischen Wandel Schritt halten. Die als Rahmenvorschriften zu betrachtenden Gesetze und Verordnungen des Staates bekommen ihre Bedeutung dadurch, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten beauftragt sind, nach diesen Rahmenvorschriften ganz bestimmte Anordnungen in Form von polizeilichen Verfügungen zu treffen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte kann jedoch seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er von den Verhält-

nissen in den Betrieben Kenntnis erhält. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten muß ihrer bedeutungsvollen Aufgabe entsprechend bemessen sein. Auch das im Entwurf vorliegende neue Arbeitsschutzgesetz will den Gewerbeaufsichtsbeamten das Recht sichern, selbständig polizeiliche Verfügungen zu erlassen. Das neue Arbeitsschutzgesetz wird voraussichtlich den Betriebschutz nicht nur verstärken, sondern er wird ausgedehnt werden auf Arbeiter und Angestellte aller Art.

Daneben bedient sich nun der Staat, um den Schutz der Arbeiter in den Betrieben in möglichst hohem Maße zu erreichen, der Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften treffen ihre Maßnahmen mehr und mehr nach dem Gesichtspunkt, daß es nicht nur gilt, die Folge der Unfälle zu heilen und zu lindern, sondern daß es wichtiger ist, den Unfällen vorzubeugen. Bisher war der Aufgabenkreis der Berufsgenossenschaften auf den Unfallschutz im engeren Sinne beschränkt. Jetzt ist ihr Wirkungsgebiet erweitert worden, indem verschiedene Berufskrankheiten in die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften einbezogen worden sind.

Nach näheren Ausführungen über die Aufgaben des Staates führte der Redner weiter aus, daß es nun darauf ankomme, die Unternehmer und Arbeiter selbst zur Mitwirkung bei der weiteren Förderung heranzuziehen. Die bedenkliche Erscheinung, daß 78 % aller Betriebsunfälle auf die Nichtbeachtung der Gefahren von beiden Seiten zurückzuführen sind, lasse erkennen, wie hoch der Wert einer verständigen Mitwirkung der Arbeiter bei der Verhütung der Unfälle zu schätzen ist. Die Möglichkeit zu solcher Mitwirkung ist durch das Betriebsrätegesetz besonders betont. Hier eröffnet sich für die Betriebsräte ein weites Gebiet fruchtbarer Tätigkeit, das bisher jedoch leider noch ungenügend bearbeitet wurde. Auf der Arbeitgeberseite sei in neuerer Zeit eine Steigerung des Interesses am Betriebschutz zu verzeichnen. Die Arbeitgeber haben erkannt, daß jedes Aussehen eines arbeitenden Arbeitnehmers infolge eines Unfalles einen kostspieligen Betriebsausfall darstellt. Die jetzt in Angriff genommene Nationalisierung der Betriebswirtschaft werde womöglich neue, bisher noch unbekannte Gefahren hervorrufen. Auf diese mögliche Wirkung der Nationalisierung müsse geachtet werden. Wenn wir zu einem ganz intensiven Betrieb kommen, erlange die Frage der Pausen, des Urlaubs usw. neue Bedeutung auch unter dem Gesichtspunkt des Arbeiterschutzes. Sei es nun die Aufgabe der Arbeitgeber, sogenannte Schutzvorrichtungen bereitzustellen, so sei es die Aufgabe der Arbeiter, die Vorrichtungen zu benutzen. Es habe sich herausgestellt, daß die Vorrichtungen, die durch die Mitarbeit der Arbeiter entstehen, stets die besten sind.

In den nächsten Jahren erwartet der Vortragende einen starken Anstieg auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, dabei mitzuwirken. Der Arbeiter dürfe nicht nur Objekt dieser Bemühungen sein. In den Mittelpunkt aller Erwägungen über die Gestaltung der Betriebswirtschaft sei der Mensch zu stellen. Die Reichsarbeitsverwaltung sei bestrebt, unter den Arbeitnehmern Aufklärung über die Betriebsgefahren zu verbreiten.

Ohne Debatte nahm der Bundesauschuss die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung über Arbeiterschutzes einstimmig an:

Der Bundesauschuss nimmt mit großem Interesse davon Kenntnis, daß der dem Arbeiterschutzes gewidmete Teil des „Reichsarbeitsblatt“ und mit ihm die Sonderausgabe „Arbeiterschutzes“ künftig in erhöhtem Maße dem Verständnis und Gesichtskreis breiter Arbeitnehmerkreise angepaßt sei. Da die Durchführung dieser Absicht wesentlich auf der größeren Verbreitung des „Reichsarbeitsblatt“ und der Zeitschrift „Arbeiterschutzes“ in Arbeitnehmerkreisen und auf deren Mitarbeit beruht, fordert der Bundesauschuss die ihm angeschlossenen Verbände auf, in ihren Reihen besonders bei den Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitersekretären für den Bezug des „Reichsarbeitsblatt“ beziehungsweise der Sonderausgabe „Arbeiterschutzes“ zu werben und durch Mitarbeit Gedanken und Anregungen der Arbeitnehmerschaft zu den praktischen Fragen des Arbeiterschutzes den Arbeiterschutzesorganen weiterhin näher zu bringen.

Im Anschluß daran nahm das Wort der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, Professor Dr. A. H. L. Berlin, zu einem Vortrag über Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie. Der Vortragende ging zunächst auf die periodischen Schwankungen der Leistungsfähigkeit ein und zeigte, daß die Alterskurve der Leistung maßgebend von dem Grade der täglichen Ermüdung beeinflusst wird. Diese Beeinflussung macht sich bei einem Verufe, der eine starke Durcharbeitung des gesamten Körpers erfordert, in viel geringerem Grade bemerkbar. Es wurde an Beispielen der Unterschied zwischen der Ermüdung des Muskels und der Ermüdung des nervösen Zentralorgans erörtert und darauf hingewiesen, daß bei der beruflichen Arbeit es in der Hauptsache auf die Ermüdung der nervösen Zentren ankommt. Der Rhythmus der Arbeit muß so gestaltet werden, daß in den Erholungsperioden ein vollkommenes Ausruhen möglich ist. Gerade bei den Arbeitsformen, die sich auf ein

enges anatomisches Feld beschränkt, ist die Gefahr besonders groß, daß sich bei dauernder Beanspruchung unter falschem Rhythmus eine chronische Ermüdung einstellt. Um nun diese Ermüdungsschädigung zu bekämpfen, hat man sich bemüht, objektive Maßmethoden einzuführen. Es muß aber festgestellt werden, daß alle diese Methoden bisher versagt haben. Aber in anderer Richtung kann der Arbeitsprozeß dem Menschen angepaßt und den störenden Folgen der Ueberanspruchung einzelner Organbezirke vorgebeugt werden. Es kommt darauf an, solche Betätigungsarten auszusuchen, die einen besonders hohen Ermüdungswert besitzen. Dieses Ziel erreicht man durch Studium der Arbeitsbewegungen sowohl wie auch durch Bestimmungen des Wirkungsgrades. Besitzt eine Arbeitsform einen besonders hohen Ermüdungswert, so wird es sich meist rentieren, diese Form der Arbeitsgestaltung zu ersetzen. Schließlich ist es notwendig, die Arbeiten des Menschen unter günstigen Wirkungsgraden zu erledigen. Durch die Erregungseigenschaften der Physiologie sind wir heute imstande, den Wirkungsgrad eines Menschen mit absoluter Genauigkeit zu bestimmen. Wir können feststellen, wieviel organisches Brennmaterial in unserm Körper verbraucht wird, um eine bestimmte Arbeitsleistung zu vollziehen. Es ist nun der Weg geebnet, um die Arbeit des Menschen nach physiologischen Gesichtspunkten zu rationalisieren. Man geht dabei im Gegensatz zu Taylor, der einseitig auf maximale Leistungen Wert legt, auf ein Optimum aus, das heißt auf hohe Leistungen unter möglichst geringem Energieverbrauch. Da man nicht alle die tausendfältigen Formen der industriellen Arbeitsgestaltung auf ihre Ökonomie hin untersuchen kann, hat man sich in der Weise gehofft, daß man häufig vorkommende Arbeitselemente nach vielen Richtungen hin variierte und den Wirkungsgrad für die einzelnen Arbeitsformen des einzelnen Elementes bestimmte. — Zum Schluß wies Professor Wpler darauf hin, daß die wissenschaftliche Erforschung des schaffenden Menschen die einzig sichere Basis für eine rationelle Gestaltung des Arbeitsprozesses bildet. Nur ist eines notwendig, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die dieser junge Wissenschaftszweig gewonnen hat, nicht in den staubigen Regalen der Bibliotheken abgelagert werden, sondern daß ihnen durch die praktische Mitarbeit der im Leben stehenden Organisationen Leben eingeblasen wird.

Der 30. Deutsche Krankentag

trat am 25. und 26. Juli in der großen Rundhalle des Planetariums auf der Grotte in Düsseldorf zusammen. Mehr als 2000 Vertreter deutscher Krankenkassen, zusammengefaßt im Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. B., Berlin-Charlottenburg, füllten die Riesenhalle. Die Teilnehmerzahl setzt sich zusammen aus 521 Arbeitgebern, 898 Versicherten, 641 Angestellten und 107 Ehrengästen. Darum ist dies stets eine der bedeutungsvollsten sozialpolitischen Kundgebungen des Jahres; kommen doch hier die Vertreter von mehr als 10 Millionen Versicherten zu Worte. Sehr zahlreich sind auch die Vertreter der Reichsministerien und der Ministerien der Länder sowie der Parlamente und der verschiedenen sozialpolitischen Organisationen erschienen. Die Tagung begann nach Abwicklung der zahlreichen Begrüßungsreden mit einem Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden, Helmut Lehmann, über die gegenwärtige Lage der deutschen Krankenversicherung. Der Redner wies darauf hin, daß die ungeheure Not, die durch die unvermindert andauernde schwere Wirtschaftskrise über die arbeitende Bevölkerung Deutschlands gekommen ist, die deutschen Krankenkassen in unerträglicher Weise belastet. Sie haben ständig rund 2 Millionen Arbeitsunfähiger und Wöchnerinnen zu unterstützen und etwa die dreifache Zahl noch in Arbeit befindlicher Kranker mit ärztlicher Behandlung, Arzneien und Heilmitteln zu versorgen. Die schweren Hungerzeiten, zu denen Millionen Arbeitsloser seit Monaten verurteilt sind, machen alle Bemühungen, den Gesundheitszustand des Volkes zu heben, zunichte. Nur unter Anwendung schärfster Kontrolleinrichtungen haben die Krankenkassen den Krankenstand künstlich zurückzudrängen und sich dadurch vor dem finanziellen Zusammenbruch retten können. Daher ist ein Abbau der Beitragslasten der Krankenversicherung unmöglich. Die vom Unternehmertum unterständ-

licherweise geforderte Zurückschraubung der Leistungen der Krankenversicherung, um auf diese Weise eine Verminderung der Soziallasten zu erreichen, würde schwere gesundheitliche, soziale und politische Erschütterungen im deutschen Volkstleben hervorrufen. Die ungeschlichen und gewissenlosen Angriffe auf die Krankenkassen müssen daher aufs schärfste zurückgewiesen werden. Redner bat die Regierungen und Parlamente, sich schützend vor die deutsche Krankenversicherung zu stellen.

Der erste Redner des Tages war Oberregierungsrat Unger vom Reichsversicherungsamt, der über „Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsträger“ sprach. Nach einem kurzen geschichtlichen Ueberblick ging der Redner besonders auf das Gesetz über Gesundheitsfürsorge in der Reichsversicherung vom 28. Juli 1925 ein. Die Reichsregierung beabsichtigt, auf Grund dieses Gesetzes Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Diese Arbeitsgemeinschaften werden sich vorzugsweise mit der vorbeugenden Fürsorge für die Versicherten zu beschäftigen haben. Beistehende Freiheit ist dabei den Versicherungsträgern gesichert, doch muß ein finanzielles Rückgrat für diese Arbeitsgemeinschaften geschaffen werden. Vorschriften darüber werden kaum zu erwarten sein. Reichler Weisall lobte den Redner.

Den nächsten Vortrag hielt Professor Dr. Klein, Jena, über das „Naturheilverfahren in Dienste der Krankenversicherung“. Der Vortragende erläuterte, daß eine tiefe Unzufriedenheit durch weite Kreise der Bevölkerung gehe, weil sie nicht mehr die innige Verbindung mit der Ärzteschaft haben. Mit neuen Methoden muß diese Verbindung wiederhergestellt werden. Dazu scheint ihm das Naturheilverfahren sehr geeignet zu sein. Der Naturarzt will nicht die einzelne Krankheit, sondern den kranken Menschen behandeln. Es kommt darauf an, daß der Kranke zufriedengestellt und geheilt wird. Auch diesen Redner lobte Reichler Weisall.

Der letzte Redner dieses Tages, Verwaltungsdirektor Köhn, Berlin, beschäftigte sich mit dem „Frühheilverfahren in der Unfallversicherung“. Der Vortragende wies auf die Bedeutung der neuen Vorschriften auf diesem Gebiete hin, er ließ seinen Vortrag ausklingen in die Forderung, daß die Berufsgenossenschaften das Heilverfahren durchzuführen und auch die Kosten dafür zu tragen hätten.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet durch einen Vortrag von Ministerialdirektor Grieser über „Die internationale Sozialversicherung und ihre Triebkräfte“. Zu Eingang seiner Ausführungen wies der Vortragende die Äußerung des Professors Gust. Cassel, Stockholm, zurück, daß die Internationale der Sozialpolitik die letzte Mode sei. Dann ging der Vortragende auf die Lage der Weltwirtschaft ein. Kapital und Arbeit seien die Träger der Wirtschaft; noch niemals hätten die sozialen Bedürfnisse einen so schweren Stand gehabt wie jetzt. Was können wir zur Besserung tun? Der Vortragende glaubt, die Besserung in der Rationalisierung der Betriebe und in der Nationalisierung der Sozialversicherung suchen zu müssen. Der Einwand des sozialen Dumpings ist dadurch niederzuschlagen, daß die Sozialversicherung der einzelnen Länder aneinander anzugleichen ist. Das Internationale Arbeitsamt, die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt und auch die einzelnen Regierungen, gestützt auf Art. XIII des Versailler Vertrages, arbeiten an diesem Ziele. Zu einer geordneten Weltwirtschaft gehört auch eine internationale soziale Rüstung. Diese mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden unterstrichen durch Dr. Stein, Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Ohne Sozialversicherung können wir nicht mehr aus. Der Hinweis auf Amerika, wo es keine Sozialversicherung gibt, ist so lange verfehlt, als die europäischen Staaten nicht amerikanische Löhne zahlen. 46 Staaten haben sich rückhaltlos zur Sozialversicherung bekannt. Als Kernstück wird auf der Arbeitskonferenz 1927 die Krankenversicherung international zu regeln sein.

Ueber die „Kinderfürsorge unter Mithilfe der Krankenkassen“ berichteten dann Geheimrat Professor Dr. Schloßmann, Düsseldorf, und Verwaltungsdirektor Sträubig, Hamburg. Beide Redner schil-

berten in außerordentlich warmherziger Weise das Kind, das zum größten Teile aus dem Wohnungseigentum resultiert. Die Krankenkassen, zu deren Bestehen ein die heranwachsende Generation gehören wird, haben Ursache, dieser Frage ihre größte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Redner schlossen mit dem Wunsch, daß trotz der finanziellen Bedrängnis der Kassen möglichst viele die nötigen Mittel für die Kinderfürsorge aufbringen. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu. — Anschließend berichteten Prof. Dr. Wächter in Hamburg, über die elektro-physikalischen Methoden und Dr. Behden, Berlin, über „Waldfürsorge für Kassenmitglieder“. Während erste Vortragende mehr technische Angelegenheiten behandelte, forderte Dr. Behden die Ausgestaltung der Waldfürsorge und die Aufbarmachung der Wälder für Kassenmitglieder.

Nach weiteren geschäftlichen Angelegenheiten eröfnete die Tagung, die im Warstein in der deutschen Arbeiterbewegung ist, mit Dankesworten des Vorsitzenden, Stolte, ihr Ende.

Aus unserm Brevier

Breslau. Franz Weis f. Im 6. August im Alter von 57 Jahren an einem Schlaganfall treuer Kollege Franz Weis, der in unermüdbar Pflichttreue im Dienste unserer Organisation gewirkt. Im Jahre 1906 zum ersten Male im Vorstande, er lange Jahre 1. Vorsitzender der Filiale, besuchte Generalversammlungen und war auf Vorkonferenzen immer vertreten. Durch seine unermüdbare Tätigkeit ist in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterbewegung bekannt und genöß unter diesen die größte Achtung. Die Filiale Breslau verliert in ihm einen unermüdbaren Kämpfer. Mitten aus seinem gewerkschaftlichen Wirken ist der Tod herausgerissen. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.

Die Lage in Schlesien.

Unter dem Vorwande der schlechten Wirtschaftslage suchen die im „Schlesischen Arbeiterbund“ organisierten Arbeitgeber Vorteile auf Kosten der Gehilfenschaft heranzuholen. Seit Anfang dieses Jahres wurde der noch nicht bestehende schlesische Landestarif mehr durchbrochen, und in zwei Orten sind die Löhne trotz Widerspruch der Gehilfen einseitig herabgesetzt worden. Besonders war der Ferienparagraf ihren Angriffen der ganzen Linie ausgesetzt. Als Antwort auf unsere letzte bei der Bundesleitung letzte eine allgemeine Ombudsman, indem auch in den Orten, wo die tariflichen Bestimmungen bisher anstandslos durchgeführt worden sind, die Forderung nach örtlichen Verhandlungen auf Grundlagede: Lohnabbau und Streichung der Ferienlöhne wurde. Auf Veranlassung der Bezirksleitung eine Sitzung des Landestarifamtes auf den 3. August in Breslau festgesetzt worden, in der die Vertreter der Arbeitgeber den Standpunkt vertraten, daß der alte Tarifzeit im Februar abgelaufen sei, eine Einigung aber zustande kommen könne, wenn die Ferien besichtigt, weitestgehendes Entgegenkommen auch in der Lohnfrage gezeigt werde. Für Breslau soll der bisherige Lohn stehen bleiben, dagegen müssen — natürlich im Interesse des Gesamtgewerbes wie auch der Gehilfenschaft — unsere Löhne in allen Provinzialstädten auf 10 % und die Maurerlöhne festgesetzt werden. Wenn sich Gewerbe festigen sollte, dann müssen die Verhältnisse auf den Zustand der Zeit vor dem Kriege zurückgeführt werden. In Vertretung des durch Krankheit verhinderten Kollegen Jakob hielt der Kollege Obörp den Arbeitgebern die Forderungen in ihren Auffassungen entgegen. Nach klaren Bestimmungen läuft der alte Tarif bis zum Abschluß unbeeinträchtigt weiter. In einer Erneuerung auch wir bereit, doch sei eine Rückwärtsbewegung im Sinne der Arbeitgeber ausgeschlossen. Allerdings ist in Anbetracht der entgegenstehenden Meinungen zuzunehmen, die Lohnfrage in dem Vordergrund der Verhandlungen zu stellen. Auf den Vorschlag einer so allgemeinen Lohnreduzierung einzugehen, liege außerhalb unserer

Wie ich Frankreich wieder fand.

Von Fritz Kummer.

IV.

Das größte Totenfeld der Geschichte.

Die Stadt Verdun ist nach dem Westen hin von einer Hügelkette gebildet. Das Gelände steigt zu beiden Seiten wellenartig bergan und ist von Ebern, Buchen und Eichen durchwachsen. Auf dem Höhenkamme Forts und kleinere Schutzwerke, deren Namen — Rang, Douaumont, Lohr Mann, Höhe 304 — noch in aller Gedächtnis sind. Am Morgen des 21. Februar 1916 eröffneten die Deutschen vom Westen her auf einer Front von 40 km den Angriff auf die Höhen. Damit hatte die blutigste Schlacht des Weltkrieges begonnen. Sie hat 9 Monate gedauert. Fast Tag für Tag spien Geschütze aller Größe und Art einen Hagel von Eisen auf das Gelände. Der Wald verjauch, die Dörfer verjasmunden, die Schützengräben wurden eingeebnet. Was sich an Menschen in dem Raume befand, war dem Tode geweiht. Keine Rettung nach vornwärts oder rückwärts. Die menschliche Kreatur wühlte sich in den Erdboden ein. Hier wurde sie verschüttet oder bezuhungerte. Und die Leichen wurden, in tausend Stücke zerlegt, wieder und immer wieder in die Luft geschleudert. Dabei wurde gemeldet: „Sie starben den Helmentod und wurden würdig in die Erde gebeitet.“

Bis zum Juli, also in fünf Monaten, war der deutsche Vorstoß erst teilweise etwas über des Hügelkamms Höhe hinausgekommen. Am letzte die französische Abwehr planmäßig und mit großem Aufwand ein. Das nämliche Mühe Handgemenge, das im Februar begonnen, ging nun in entgegengekehrter Richtung fort. Um jeden Bodenfuß wurde gerungen, gemordet, gemordet. Imüber und herüber würgten sich wahnwichtig gewordene Menschenhaufen.

Das Mauerwerk Thiaumont zum Beispiel wechselte sechzehnmal die „Herrschaft“. Mitte Dezember waren die Deutschen wieder dorthin zurückgetrieben, wo sie vor neun Monaten ausgegangen waren. Eine Million Menschen hatte der Wahnsinn gekostet. Zwei Heere hatten sich erzwungen.

Von der Höhe des Forts Rang schaute ich auf die Wüstenei, die der Militarismus geschaffen. Das Dach des Forts, eine 10m dicke Betonplatte, weist tiefe Spuren von Geschossen auf. Eine dicke stählerne Kugel liegt aufgerissen. Der Boden ringsherum sieht aus, wie wenn er die Koden gehabt hätte. Soweit das Auge reicht Granatloch an Granatloch. Die und da Reste von Stacheldrahtverhauen, anweilen auch noch Stücke von Schützengräben. Allwärts Eisenzeug, rostender Stacheldraht und umgebrochene Pfähle. Kleine Holzstücke glaubt man an Bodrändern zu bemerken. Wahrscheinlich ist dort in dem Loch eine von Wind und Wasser freigespülte Leiche begraben worden. Auf dieser Wüstenei stand einst blühender Wald. Von seinem Dasein zeugen noch dicke, zerplünderter, wie von einer Feuersbrunst angefangene Stumpen.

Wir steigen hinunter ins Janere des Forts. Zwei Soldaten gehen mit Aethylkumpen voraus. Mitunter muß man sich tief bücken, um durchzukommen. Wasser rieselt von den Wänden. Ein kalter, feuchter Raum riecht bald für die Franzosen, bald für die Deutschen das Lazarett. In langen Felsenkammern stehen noch die Holzgestelle mit Drahtboden, worauf die jeweilige Besatzung schlief. Helme, Flinten und anderes Vordzeug liegt mehrschicht aufgehäuft. In diesen eisigen, nassen Höhlen haben sich Tausende von Menschen gehaust, gekämpft; hier haben sie mit Schmerzgeschrei oder Fluchen ihr Leben ausgehaucht.

Auf dem Wege nach dem Fort Douaumont zeigt Begleiter, ein Bürger von Verdun, nach der linken der Straße und sagt: Das Dorf Fleury! — frage ich. — Na, dort, wo der Stein steht. — Wir finden den Abhang hinunter zu dem Stein. Er ist zum Gedächtnis der getöteten Kinder von Fleury errichtet. Kein Gemeine Hauswauer erinnert daran, daß hier einst Menschen hausten. Nur Granatloch an Granatloch und verrosteter Stacheldraht, noch halb an Pfählen hängend.

Wie mit Fleury sei es mit Rang, Douaumont und dem Dörfern, erzählt mein Begleiter. Sie sollen nicht aufgegeben werden; ihre einzigen Bewohner hätten sie weil sie nicht getötet, anderwärts niedergelassen. Das wieder bebauen, sei nicht gut möglich. Es müßten Granatlöcher, Schützengräben und Unterstände ausgegraben werden. Das Erdreich aber sei kaffertief mit Geschossen, Blüdgängern und Leichen durchsetzt. Das ganze Gelände ein greuliches Totenfeld, und ein gefährliches oben. Eine Million Menschen seien hier gefallen, aber nur ein Zehntel ordentlich beerdigt. Und zwischen diesen unglücklichen Menschenresten zerstreut lägen unzählige explodierende Geschosse. Bei jedem Spatenstich höre man auf Leichen Granaten. Zu solch abstoßender Arbeit sei kein Mensch geneigt.

So überläßt man es denn der Natur, das Götter zu überdecken. Im Laufe der Jahrzehnte werden die Leichter ungefährlich, verrosteten die Eisenstücke, verwitterten Leichen. Damit sich die Verweyung unbeachtet vom müden Auge vollzieht, hat die allgütige Natur über die Wüstenei ihre Decke geworfen. In den Granatlöchern Gräben treibt Gras und Knieholz, und Vögel zwischen Hunderttausenden von Toten ein Schummerleben. In ein Jahren wird die vom Militarismus geschändete Erde weniger greuliches Aussehen haben.

nisse. Der weitere Verlauf zeigte, daß eine Einigung den Vertretern des Schlichtungsausschusses ohne unparteiischen Vorsitzenden unmöglich ist. Mit einer entsprechenden Erklärung wurden die Verhandlungen seitens mit dem Ausdruck des Bedauerns abgeschlossen. Die einseitige Ausnutzung der Notlage der Arbeiter durch die Unternehmer gegen die guten Sitten der Arbeit fällt die Verantwortung an dem geschiedenen Einigungsamt auf dem Schlichtungsausschuss. Diese Verantwortung wird auch durch die Befreiung seines Vorstands nicht geringer, daß die Organe seiner Organisation gefährdet sei, wenn den Gehilfen einigermassen gezeigt werde. Rummehr ist es unsere Aufgabe, Angriffe aufzufangen und mit vereinder Kraft abzuwehren. Die ganze Kollegenchaft in Sachsen ist sich der Wichtigkeit der Sache bewußt, ebenso wie jede andere Unterstützung der Arbeitsbedingungen, in heutiger Zeit all einer wirtschaftlicher Not ein Stoß gegen ihre ohnehin schlechte Lage bedeutet, und darum wird sie mit Mitteln dagegen ankämpfen.

Der langjährige Hauptkassierer des Gewerkschaftsverbandes, L. E. Bergmann, in Berlin, hat nach längerer Krankheit seine Tätigkeit niedergelagt und ist in den Ruhestand getreten. Wir wünschen dem Kollegen Bergmann einem Abschied noch einen recht langen, ruhigen Lebensabend. Als seinem Nachfolger ist als Hauptkassierer H. J. bestimmt worden.

Ein verabschiedeter Malermeister. Zu dem Bericht in No. 20 des „Maler“ wird uns noch mitgeteilt: Die Fahrt für Bertarbert, Arno Gasse in Reichenhals, hat durch ihre Anzeile in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ Erfolg gehabt. Es haben sich die besten Kollegen, die dem Verbands nicht angehören, gemeldet. Sie arbeiten dort, um mit den Kollegen anderer Betriebe die auf besten Arbeitsstelle beschäftigt sind, nicht in Konkurrenz zu kommen, hinter verschlossenen Türen. Da nun in Stuttgart die Arbeitsgelegenheit außerordentlich schlecht ist — die meisten Kollegen sind gezwungen, unwillig Arbeit zu suchen —, wird die Gesellschaft mit Stellung der Arbeit im Sinne erreicht haben. Wir warnen die Kollegen dringend, bei solcher Firma Arbeit anzunehmen, wenn sich die Anzeile wiederholen sollte. Der Herr Gasse, unter dem Vorwand, die Arbeit sei nicht erzwungen, angeführt, hat der Lohnzahlung zu drücken sucht, er erst durch das Gewerkegeheimnis, daß wir mit Erfolg intervenieren, eines anderen befehrt werden.

Unsere Kollegen der Zahlstelle Garburg (Hilkeburg) haben unter dem 7. Juli dieses Jahres nach der Eingabe an den Magistrat der Stadt Garburg:

Die heute im Volksblatthaus tagende Versammlung Malergehilfen Garburg hat nach einer Aussprache die Vergabung von städtischen Malerarbeiten beschlossen, dem Magistrat folgendes zu übermitteln:

Die Garburger Gehilfenschaft steht mit wachsender Sorge die heutige Art der Vergabung von Arbeiten. Ein niedrigerer Angebot wird der Zuschlag erteilt. Bei in unserm Gewerbe viel zu großer Zahl von so genannten Meistern (etwa 80 mit ebensoviel Lehrlingen) den Preise angeboten, die bei ordentlicher Geschäftsführung nicht einmal die Gehaltskosten decken. Gehilfen werden nicht beschäftigt, weil die Einnahmen nicht für tariflichen Lohn reichen. Mit Lehrlingen, unentgeltlichen und unbezahlter Heberarbeit wird der Fall beglichen. Dem Berufswort wird so Vorschub geleistet und der ordentliche Meister ausgeschaltet. Besteht die dringende Gefahr, daß die städtischen Arbeiten keine Qualitätsarbeiten werden. Außerdem sehen den Zeitpunkt nahen, wo städtische Arbeiten nur einem Teil der Berufsangehörigen, nämlich Meistern und Lehrlingen, Beschäftigung bieten, während Gehilfenschaft auf Erwerbslosensfürsorge angewiesen ist. Möchten dem Magistrat auf genannte Gefahren eindringlich aufmerksam machen und bitten, die Frage kommenden Stellen anzuweisen, in Zukunft noch zu angemessenen Preisen, die dem Bauamt bekannt sind, Malerarbeiten zu vergeben.

Dazu teilt uns der Kollege Widwauß mit: Am 14. Juli war ich, auf Grund vorstehender Eingabe, vom Magistrat zu einer Besprechung geladen. Zugegen waren mehrere Beamte des Bauamtes, Vertreter des Bauausschusses, der Handwerkskammer und der Malerinnung. Nach eingehender Verhandlung wurden unsere Forderungen als berechtigt anerkannt, besonders auch von dem Vertreter der Malerinnung und dem leitenden Beamten des Bauamtes. Mir wurde die Aufgabe gemacht, daß der Bauausschuss bei Vergabung von Arbeiten ganz besonders darauf hingewiesen werden solle, im Sinne unserer Eingabe und deren mündlicher Begründung zu handeln.

Hoffen wir, daß ein praktischer Erfolg für unsere Garburger Kollegen in die Erscheinung treten wird.

Aus Unternehmertreffen

„Ein beachtenswerter Vorschlag“

Da schreiben nun schon seit vielen Monaten zwei Millionen Erwerbslose nach Arbeit und Brot, und mit Ausnahme jener Feinde des Volkes, die aus dessen Not flücht — wie besonders mit gültiger Hilfe des Krieges und während der Inflation — ein lukratives Geschäft zu machen verstanden haben, ist man jetzt denn auch ernstlich bemüht, größere Mittel für produktive Arbeit zur Verfügung zu stellen. Diese sollen allerdings so verwandt werden, daß sie durch Vermeidung besonders hoher Materialkosten und ungebührlicher Unternehmergewinne auch wirklich in größerem Maße den Arbeitslosen zugute kommen. In dieser Zeit nun, in der man es endlich zu einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm gebracht hat, dessen restlose Durchführung und Erweiterung alle sozial Denkenden nicht nur allein gefühlsmäßig, sondern auch von nüchternen wirtschaftspolitischen und staatsbürgerlichen Erwägungen aus dringend fordern müßten, lesen wir in der in Neustadt a. d. Saardt erscheinenden Zeitung unserer Unternehmerr „Das Maler- und Tüncher-Gewerbe“ vom 7. Juli folgenden Vorschlag aus der „Berliner Zeitung“:

Man stelle der Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel die 1 1/2 Milliarden Erwerbslosengelder als Kredit zu 4% zur Verfügung; man bestelle die Reichsbank mit ihren über das Reich verteilten Zweigstellen als Treuhänder, man mache zur Bedingung, daß die Erwerbslosen, so weit sie arbeitsfähig sind, eingestellt werden müssen — der Reichstag aber möge durch Notgesetz die Arbeitspflicht einführen — und das Maß der deutschen Wirtschaft käme in Bewegung.

Diese dreifache Zumutung und die niederrichtige Verhöhnung der Arbeitslosen, als bedürfte es erst eines Gesetzes, um diese zur Arbeit zu zwingen, bezeichnet das erwähnte Malermeisterorgan als einen „beachtenswerten Vorschlag“. Macht es sich so die soziale Brutalität der Bergheeren und Schwerindustrie zu eigen, so ist es andererseits sehr selbstlos, oder, daß neben den Industriellen, den Landwirten und den Händlern das Handwerk nichts bekommen soll, ist dem Artikelverfasser in seiner Belegenheit um einen eigenen Gedanken gar nicht gefallen. Deshalb empfehlen wir ihm, einige Minuten darüber nachzudenken, ob es nicht richtiger wäre, statt die Gelder, die zur Stilllegung der bittersten Not der Erwerbslosen gebraucht werden und die ja doch wieder der Volkswirtschaft zugute kommen, auch nur angurühren, zur Stillung des Hungers der Schwerindustrie usw. die noch größeren Summen zu verwenden, die die gleichen Kreise bereit sind, den davongelaufenen Fürsten hintermamt zu werfen, damit sie die sorglos, größtenteils im Ausland, verpfänden. Da diese ja gewissermaßen von Geburt aus zu den „Arbeitslosen“ gehören, ist sogar alles in bester Ordnung. Und da kein geringerer als der jetzt so sehr vergötterte Friedrich der Große von den Fürsten erklärt hat, daß sie sich mit dem Markt des Volkes mäßen, während alles darob, daß sie wegen ihrer Trägheit und Dummheit unfähig seien, die Völker glücklich zu machen, daß sie fast rasenlos Einkauffspinsel seien und sich und ihre Untertanen den Weisheitslehren verlaufen, so wird wohl auch kein Grund bestehen, die Abschlammlinge dieser so naturgetreuen geschilderten Potentaten aus Fridericus' Zeiten, die, wie sich seit 1914 zeigte, ihren Vorfahren wirklich keine Schande machen, anders zu behandeln, als man es gegenüber den Millionen sich und los erwerbslos gewordenen

und energisch Arbeit fordernden wirklichen Volksgenossen „ganz beachtlich“ findet.

Im übrigen ist das, was wir hier besprochen haben, nicht der erste Reichstreich des Reichstages des „Maler- und Tüncher-Gewerbes“. Wie bestellen schon einige fest und liegen stand andere der Verschwiegenheit aufheimfallen.

Der „Reichsverband aller Lackierbetriebe Deutschlands“ wurde vor zwei Jahren, am 1. August 1924, in Darmen gegründet, mit dem Ziel, alle selbständigen Lackierbetriebe und Lackierereien der Lackierfabriken darin zu vereinigen, um die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen dieser Betriebe zu wahren. Die Generalversammlung des Verbandes ließ aber keinen Fortschritt nach dieser Richtung hin erkennen. Wohl haben sich die Kassenverhältnisse etwas gebessert und schließen ab mit einem Kassenbestand von rund 2000 M., die Zahl der Mitglieder aber ist von 575 des Vorjahres auf 549 zurückgegangen. Zum ersten Vorsitzenden wurde wieder Led, Darmen, zum zweiten Vorsitzenden Metzschlag, Berlin, gewählt. — In Verbindung mit der Generalversammlung war die „Ausstellung Lack und Farbe“ veranstaltet, der auch eine besondere Abteilung für Lehrkursarbeiten angegliedert war. Die Ausstellung zeigte die Bemühungen der Lackindustrie, den Wünschen der Verbraucher nach schnell-trocknenden Materialien gerecht zu werden. Die alten Kopalade sind ganz in den Hintergrund gedrängt durch die schnell-trocknenden Soljollade, die immer größere Verbreitung finden, und durch Zelluloselacke, soweit es sich um kleinere und mittlere Betriebe handelt, nicht aus ihrer Stellung gedrängt werden können, da Zelluloselacke, die man mit dem Pinsel auftragen kann, bisher nicht erprobt sind, Spritzanlagen für kleine Betriebe nicht in Frage kommen. Die neuesten Modelle der Spritzapparate wurden vorgeführt. Nach dem Verlauf einer im Rahmen der Ausstellung veranstalteten, von mehreren hundert Personen besuchten Versammlung, in der Referate über neue Lackertechnik und Materialien gehalten wurden, hat es aber nicht den Anschein, als wenn die im Reichsverband der Lackierbetriebe organisierten Meister der Spritzpistole besonders günstig gestimmt sind. Allgemein kam zum Ausdruck, daß man die Lackierereien, die sich eben erst mit der Umstellung von Celladen auf Soljollade beschäftigen müßten, in Ruhe lassen soll mit neuen Experimenten, deren Erfolg nicht sicher ist, die aber eine Menge Geld kosten. Ueber die von Dr. Affer von der Firma Muth, Wandsbet, und Dr. Köppl von der F. G. Farbenindustrie gehaltenen Referate werden wir noch im „Lackierer“ berichten. — Die kleine, aber dabei sehr gute und lehrreiche Ausstellung vereinigte alle Materialien und Werkzeuge, die für eine moderne Lackiererei in Frage kommen, und zeigte auch die schon oft angeführten Spachtelschleifmaschinen, sowohl für Zelluloselacke als für Vinssteine. Praktische Erfahrungen mit diesen Apparaten liegen noch nicht vor, wir hoffen aber, bald darüber berichten und auch bildliche Darstellungen der Apparate geben zu können. Wenig übersichtlich war die Ausstellung von 104 Behrlingsarbeiten, da man die Arbeiten wahllos, ohne Rücksicht auf die Dauer der Behrzeit, zusammengestellt hatte und so die Beurteilung erschwerte. Gezeigt wurde wenig Gutes, fast nur Durchschnitt. Besonders bedauerlich muß werden, daß bei den viel zu vielen Reklameschildern die Grundarbeiten viel zu wünschen übrig ließen.

Sozialpolitisches

Gegen die Verschlechterung der Lebenshaltung. Wir stehen am Anfang des Monats August, jenes Monats, der uns die Erhöhung der Preise wichtiger Lebensmittel durch erhöhte Rölle bringt. Jedenfalls wird sich nun wieder eine neue Teuerungswelle über das Land ergießen. Aber auch ohne diesen natürlichen Antriebe haben die Preise in den letzten Wochen nicht unerheblich angezogen. Es wird notwendig sein, an Hand amtlicher Notierungen einen Überblick zu geben, wie sich die Preisentwicklung in den letzten Wochen gestaltete. Versuchen wir dies durch eine Zusammenstellung wichtiger Lebensmittel, so erhalten wir folgendes Bild:

Der auch dann wird es hier der entscheidenden Erinnerung noch genug geben. Der Bajonetten-Schützen ist mit einer schweren Betondecke überdacht worden, in ihr knifigen Geschloßern zu erhalten. So wird die von dem entscheidenden Schicksal der 66 Soldaten, am Morgen des 11. Juni 1918 verschüttet wurden, und fortspflanzen. Sie hatten, da sie einen Anwarteten und ihre Hände zum Granatwerfen freilassen, ihre Gewehre mit aufgestecktem Bajonett an den Wänden in Handhöhe angelehnt. Eine furchtbare Welle legte über den Graben, ein paar große Geschosse bahn und hielten ein und warfen die Erde über den Graben. Der Graben wurde eingeebnet, die Soldaten erlöste ihre Bajonette ragten meterhoch über den Boden. Zwischen den Bajonetten stehen jetzt Kreuze mit einem derer, die man in dem Graben begraben glaubt. Ich eindrucksvoller wird das Weinhäus (Ossonsaire) in namenlosen Trauerweiden künden, das sich hier voll in seinen Kellern sollen die Gebeine ruhen, die man in Gelände findet. Und vor dem mächtigen Baum wird Hof angelegt für 100.000 Gräber. Ein Meer von weißen Kreuzen läßt erkennen, daß schon Beine von Toten hier gebettet sind. Von den andern über, von den achttausendtausend, neunhunderttausend, ein Kreuz künden. Sie werden auf diesem riesigen Grabort liegen bleiben und vermodern, wo sie die in hingeworfen haben.

Von der Gefinnung der Franzosen. Der die Gefinnung der Franzosen den Deutschen gegenüber bei uns bekanntlich sehr verschieden gerichtet. Eine von Dichtern, Schriftstellern und Gelehrten, die in Frankreich Vorzüge gehalten haben, berichten fast stets von freundlicher Aufnahme und Gefinnung. In hinein klingen Warnungen. Die Freundschaft

der Franzosen sei nur zur Täuschung gemacht; unter der glatten Außenseite sei die alte Unfreundlichkeit, der Haß gegen uns Deutsche noch ungemildert lebendig. Was ist die Wahrheit?

Um hierauf zu antworten, will ich die Erfahrung mit meinen früheren Kollegen, meinen Gewerkschaftsgenossen und Parteifreunden ganz außer acht lassen, sondern nur von der Erfahrung reden, die ich mit dem Ratte auf der Straße, mit Unbekannten, machte. Diese Erfahrung war eine über alles Erwartungen günstige. Von gemachter Höflichkeit oder Vertellung kann man bei so schlichten Leuten, wie es Bauern, Soldaten, Bergleute, Weber, Metallarbeiter sind, wohl nicht reden. Wo ich um Auskunft bat, erhielt ich freundliche Antwort; wenn ich um den Weg fragte, ging der Gefragte zuweilen eine Strecke mit, damit ich ja nicht fehlginge. Wo ich auf meinen Streifzügen durch Fabriksorte wegländige Begleiter brauchte, hat es nie an solchen gefehlt, und es wurde mir mitunter schwer, mich der Freigebigkeit der weiß Gott nicht reichen Leute zu entziehen. So luden mich drei Bauern, die in Stain, kurz vor Verdun, zu mir in den Zug gestiegen waren; zu sich ein, um mir deutsche Kriegergräber oder deren Instandhaltung zu zeigen. In Verdun angekommen, führten sie mich bei strömendem Regen in ein preiswürdiges Gasthaus, damit ich, der Fremde, der „Feind von gestern“, nicht überborteilt werde, womit man jetzt bei diesem Fremdenanwand in Verdun rechnen müsse. Raum hatte ich der Wirtin dieses Gasthauses mitgeteilt, daß ich einen wegländigen Raum nehst nicht zu teurem Wagen zum Besuche der Schlachtfelder wünsche, kam die Kellnerin und meldete, die Gesellschaft an einem Vorderisch würde sich freuen, wenn ich mich des noch freien Sibes in ihrem Wagen bediente. Erst kurz vor Pötkernacht trennte ich mich von dieser lebenswürdigen Gesellschaft. Wie sie mir sagte, war sie durch die Kunde, daß ich Deutscher sei, veranlaßt worden, mir den Wagen zu anbieten. In Bille

ließ es sich ein Mitreisender nicht nehmen, mich nach dem „modernsten Hotel im ganzen Norden“ zu führen. Ich hatte in dem Hause das (etwas enge) Zimmer kaum eine Viertelstunde bezogen, als der Zimmerkellner kam, um mich in ein anderes Zimmer zu führen; das erste sei mir irrtümlich angewiesen worden. Der neue Raum war ein prächtiges Schlafzimmer mit Himmelbett. Die Wirtin hatte durch meine Namensentragung erfahren, daß ich ein „Erfeld“ sei. Was diesen Vorgang noch besonders reizend macht, ist, daß vor mehreren Jahren in dem nämlichen Hotel mit dem gleichen Wirt ein gewisser Dr. Hilferding aus Berlin, der in Bille zum Parteitag weilte, hinausgewiesen worden war, weil er sich als Deutscher ausgegeben hatte.

Auch auf Schlachtfeldern, Soldatenfriedhöfen oder Kriegsruinen, also dort, wo die Erinnerung an die blutige Drangsal und an den Feind lebendig wird, habe ich keine Unfreundlichkeit, weder von Soldaten noch von Beamten, gegen die Deutschen bemerkt. Zu den Versicherungen und Beweisen dafür, daß in Frankreich der Deutschenhaß ausgestorben ist, wurde vielfach der Zweifel gesät, daß es umgekehrt ebenso sei. An der Begründung des Zweifels fehlte es nicht. Das Ergebnis der Präsidentenwahl, Neuzerungen von rechtsstehenden Zeitungen und Politikern wurden angeführt. Worauf ich nur erwidern konnte, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes keinerlei Haß gegen Frankreich und sein Volk hege. Dasselbe glaube ich heute umgekehrt behaupten zu können. Die beiden Völker sind sich, von einer schmalen Schicht abgesehen, freundlich gesinnt. Beide wünschen friedliche Verständigung und dauernde praktische Zusammenarbeit. Nur ein Staatsmann wäre hüben und drüben nötig, um dieser Gefinnung und Bestrebung praktische Form zu geben. Bis dahin wollen wir sozialistische Gewerkschaftszusammenarbeit betätigen.

Notierung an der Berliner Warenbörse.

Table with 4 columns: Item, 2. Januar 1926, 1. Juli 1926, 23. Juli 1926. Items include Weizen, Roggen, Weizenmehl, Kartoffeln, Eier, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch.

Veranschlagt man die Preisentwicklung des Monats Juli an Hand dieser Zusammenstellung, dann wird man verstehen, daß die Indexziffer für die Lebenshaltung...

Table with 5 columns: Monatsdurchschnitt März, April, Mai, Juni, Juli. Rows for Lebenshaltungsindezes and Durchschnittswochenlohn.

Die Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten haben in den letzten 5 Monaten eine Steigerung von rund 8% erfahren...

Am 1. August sind nun die neuen Zölle für Brotgetreide, Fleisch, Pore, Mehl usw. in Kraft getreten. Die Wahrscheinlichkeit liegt vor, daß jene Erhöhung im Tempo der letzten Wochen weitergeht...

Vom Ausland

Die Arbeitsverhältnisse der Malergehilfen in den dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Ländern.

Eine statistische Erhebung über die bestehenden Tarifverträge, ihr Geltungsgebiet und die darin enthaltenen Bestimmungen über die Arbeitszeit, Stundenlöhne, Akkordarbeit, Ferien, das Lehrlingswesen usw., veranstaltet im Dezember 1925, lieferte uns Material aus elf verschiedenen Ländern.

Zu den schon im Vorjahre festgestellten 5 Reichsbeziehungsweise Landestarifern ist ein weiterer, England, hinzugekommen. Es bestehen jetzt solche in Dänemark, Deutschland, England, Holland, Norwegen und in der Tschecho-Slowakei, abgeschlossen von dem Verbandsrat dem Sitz in Reichenberg. Die schon im Vorjahre in Deutschland neben dem Reichstarif bestehenden 2 Verträge für die beiden Landesteile Rheinland und Westfalen und Schlesien bestehen auch weiterhin. Die Zahl der Ortstarife ist fast die gleiche geblieben wie im Vorjahre, 175, jetzt insgesamt 170. Dazu kommen für Deutschland noch 53 Industrietarife, teils örtlichen, teils zentralen Charakters, abgeschlossen zusammen mit andern Verbänden.

Die Zahl der organisierten Kollegen, die unter einem Reichs- oder Landestarif arbeiten, ist erheblich höher angegeben als in den letzten Jahren, zusammen mit 87863, im Jahre 1924 50706, 1923 51783 und 1922 48442. Dazu kommen noch 28978 unorganisierte. Unter einem Ortstarif arbeiten 17701 organisierte und 5250 unorganisierte Kollegen. Wenn auch die grössere Zahl der unter einem Reichstarif arbeitenden Kollegen sich in der Hauptsache aus der besseren Beteiligung an der diesmaligen Statistik ergibt, ist doch das Streben nach grösseren Tarifgebieten unverkennbar. In der Zahl 87863 ist diesmal zum ersten Male mit einbezogen England mit 42000 an dem dort bestehenden Landestarif beteiligten Kollegen.

Orte mit Verbandsmitgliedern, aber keinem Tarif werden von Finnland 8, Norwegen 3, Oesterreich vier, der Schweiz 34, Tschecho-Slowakei (Prag) 12 und Ungarn 12 gemeldet.

Von unserm amerikanischen Bruderverband, der jetzt unserer Internationale angeschlossen ist, haben wir diesmal noch kein Material eingefordert.

Recht erfreulich sind die gemachten Angaben über die Arbeitszeit. Demnach wird die 48-Stunden-Woche tariflich nur noch von einem Lande, Ungarn, überschritten. In Finnland werden wöchentlich 46 Stunden, in England 46 1/2 und in der Schweiz 47 1/2 Stunden gearbeitet. In allen andern Ländern ist die wöchentliche

Arbeitszeit tariflich 48 Stunden. (Bekannt ist, dass in Neuyork an 5 Tagen je 8 Stunden, zusammen 40 Stunden, gearbeitet wird und dort auch die Lehrlinge nicht länger beschäftigt werden dürfen.)

Die tägliche Arbeitszeit beträgt in Dänemark, Deutschland, Finnland, Norwegen, Oesterreich und der Tschechoslowakei 8 Stunden, in England, Holland, Schweden und der Schweiz 8 1/2 Stunden und in Ungarn 9 Stunden. In England bleiben bei einer 46 1/2 stündigen Wochenarbeitszeit für den Sonnabend nur 4 Stunden übrig, und dass auch in den andern Ländern, mit Ausnahme Ungarns, die 48-Stunden-Woche besteht, geht schon daraus hervor, dass auch in ihnen am Sonnabend entsprechend kürzer gearbeitet wird. Die Durchführung des Washingtoner Abkommens würde also nur noch den Kollegen eines Landes wesentliche Vorteile bringen.

Ein Vergleich der Stundenlöhne ist aus Gründen der verschiedenen Währungen und der Kaufkraft der Löhne schlecht möglich. Wir lassen hier die Angaben der einzelnen Verbände folgen: In Dänemark beträgt der tarifliche Stundenlohn 1,44 Kronen, im Vorjahre 1,33 Kronen, in Deutschland 0,75 M bis 1,25 M (1924 0,56 M bis 1 M), je nach der Grösse und den Teuerungsverhältnissen des Ortes, in England 1 Schilling 8 Pence, Finnland 11 Finnen-Mark, Holland 75 Cents, Norwegen 1,90 Kronen, Oesterreich 1 M bis 1,60 M, Schweden 1,60 bis 1,70 Kronen, der Schweiz 1,80 bis 1,85 Franken. Aus der Tschechoslowakei meldet die Prager Organisation einen Lohn von 5,40 Kronen und die Reichenberger einen solchen von 4,70 Kronen. Mit den höchsten Zahlen warten unsere Kollegen aus Ungarn auf. Sie erhalten dort einen Stundenlohn von 11 400 Kronen. Natürlich gestatten diese Inflationsziffern keine Schlüsse auf die wirtschaftliche Stellung der damit „gesegneten“ Kollegen.

Zwischen den Löhnen der Maler, Maurer, Zimmerer, Bautischler und Bauschlosser bestehen nach den gemachten Angaben in den einzelnen Ländern keine wesentlichen Unterschiede. In Finnland, Oesterreich, Schweden, der Schweiz und Ungarn ist der Malerlohn etwas höher als der der angeführten Berufe; in Holland, der Tschechoslowakei und in Deutschland bleibt er teilweise dahinter zurück. Völlig gleich ist der Lohn in Dänemark, England und Norwegen.

Die Löhne sind nominell in allen Ländern gegenüber der Vorkriegszeit ausserordentlich, meist über 100%, gestiegen, der beste Beweis für die allgemein eingetretene Entwertung des Geldes. Auch in Deutschland sind die Löhne unserer Kollegen jetzt 50 bis 75% höher als in der Vorkriegszeit; auf eine Besserung ihrer Lebenslage kann man aber daraus nicht schliessen.

Nach den diesmaligen Angaben wird viel in Akkord gearbeitet in Dänemark, Holland und Norwegen, im Sommer auch in Finnland, in Schweden zu 60%. Von wenig Akkordarbeit berichten die Verbände in Deutschland, der Tschechoslowakei und Ungarn. Keine Akkordarbeit wird geleistet in Oesterreich, der Schweiz und von den Mitgliedern des Reichenberger Verbandes in der Tschechoslowakei. In England ist die Akkordarbeit verboten. Es hat den Anschein, als hätte diese Arbeitsweise im letzten Jahre zugenommen.

Eine tarifliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse und -entschädigung gibt es nur in Finnland, Schweden und durch gesetzgeberischen Eingriff in Oesterreich. In der Schweiz gibt es kantonale Verordnungen. In England ist man dabei, die Materie zu regeln, und auch in Deutschland ist man zu bescheidenen Anfängen gekommen. Auch hier erwartet man Hilfe durch die Gesetzgebung.

Die Lehrzeit ist in 5 Ländern eine dreijährige, in 2 Ländern eine drei- bis dreieinhalbjährige und in einem Land eine vierjährige. Ein Land meldet, dass die Lehrzeit 5 Jahre und darüber beträgt.

Ferien erhalten die Kollegen in 5 Ländern: Deutschland, Finnland, Norwegen, Oesterreich und in den beiden Verbänden der Tschechoslowakei. In den andern berichtenden Ländern werden Ferien nicht gewährt.

In Lackierereien und Industriebetrieben arbeiten nach dem Ergebnis der Umfrage 9704 organisierte Kollegen, in Dänemark 250, Deutschland 7359, Norwegen 200, Oesterreich 1000, Schweden 160, Tschechoslowakei 600 und Ungarn 135. England, Finnland, Holland und die Schweiz machen darüber keine Angaben. Wenn diese Zahl gegenüber dem Vorjahre nochmals zurückgegangen ist, so darum, weil die Industrie besonders in Deutschland völlig daniederliegt und Tausende Kollegen versuchen mussten, im Malergewerbe oder in fremden Berufen unterzukommen. In den Ländern, wo unsere Kollegen als Sektion den Bauarbeiterorganisationen angeschlossen sind, gehören die Lackierer den für sie zuständigen Industrieverbänden an. In den berichtenden Ländern wurden im Jahre 1925 139 Streiks geführt, ausser vielen kleinen Kämpfen, von denen die englische Organisation berichtet. Aussperrungen erfolgten 46, darunter die elfwöchige der Kollegen in Dänemark. Lohnbewegungen ohne Arbeits-einstellungen gab es 1925 539; daran waren insgesamt 58772 Kollegen beteiligt.

Fachtechnisches

Wettbewerb. Die Stadt Darmstadt, in der auch eine Kommission zur Pflege der Farbe im Stadtbild besteht, schreibt unter den in Darmstadt ansässigen Architekten, Kunstgewerblern usw. einen Wettbewerb aus zur Erlangung von künstlerisch einwandfreien Entwürfen für geschäftliche Anpreisung an Straßen mit Firmenschildern, Lichtreklame und vorprägnenden Schildern. An Preisen werden für die 3 einzelnen Gruppen insgesamt 600 M zu je 100 M, 60 M und 40 M ausgesetzt. Ein Anlauf weiterer Entwürfe bleibt vorbehalten. Für jede Gruppe

sind mindestens 3 Vorschläge erforderlich. Das Recht anderweitigen Verteilung bleibt vorbehalten. Nähere Angaben des Wettbewerbs sind auf dem städtischen Hochbauamt Zimmer Nr. 18, zu erhalten. Preisrichter: 1. Bürgermeister Jugbaum, 2. Geh. Oberbaudirektor Professor Dr. Hofmann, 3. Geh. Oberbaudirektor Professor Dr. Hofmann, 4. Stadtbaurat Deuschner, 5. Stadtbaurat Kollege Hüfisch. Die Entwürfe sind mit dem wörtlichen Namensnennung in geschlossener Umhüllung mit gleichem Kennwort als Aufschrift) bis zum 1. Oktober 1926 bei dem städtischen Hochbauamt in Darmstadt einzureichen.

Die Badische Landes-Malerfachschule in Karlsruhe öffnet am 1. Oktober dieses Jahres einen neuen Kurs. Wir verweisen auf die gleichzeitige Anzeige dieses Anzeigers.

Literarisches

Die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 31 ganz vorzügliche Reproduktionen von Malereien bekannter Zeichner Otto Dix, die eine stammende gegen den Krieg sind. Die Aufsätze sind von einer glühenden Liebe zum Vaterlande durchtränkt und räumen mit der Notwendigkeit des Krieges durch die Gegenüberstellung seiner blutigen Gräueltaten auf. Jede Nummer der „I. R. Z.“ kostet 20 Pf. zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten bei allen Reichsbannergruppen.

„Die Gemeinde“, Halbmonatsschrift für sozialistische in Stadt und Land, bringt in ihrem letzten erschienenen Heft wieder eine Reihe wichtiges Material enthaltender Aufsätze. Ausserdem enthält das neue Heft der „Gemeinde“ eine große Anzahl von Mittellungen, Berichten und Notizen aus dem Gebiet der Arbeiterbewegung, des Wohnungswezens, der Finanzen, Steuern sowie Nachrichten aus Ländern und Gemeinden. „Die Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jedes Monats, kostet 20 Pf. und kann bezogen werden durch alle Postanstalten, Buchhandlungen oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieb. Berlin SW. 68, Lindenstr. 8.

Dereinstell

Bericht der Hauptkass für Monat Juli.

Eingesandt haben: Altenburg 170 M, Apolda 1200, Berlin 3000, Bielefeld 700, Braunschweig 500, Bremer 1200, Breslau 540, Chemnitz 950, Coblenz 100, Crefeld 1200, Darmstadt 550, Dessau 800, Dortmund 1100, Dresden 100, Eisenach 250, Elberfeld 200, Elmhorn 150, Flensburg 300, Frankfurt a. M. 700, Fulda 150, Friedberg 750, Gera 300, Gießen 400, Glauchau 1000, Greiz 864,82, Güstrow 150, Halle 1200, Hamburg 1000, Hildesheim 10, Hof 100, Jauerburg 28, Jena 100, Karlsruhe 845, Kiel 720, Köln 600, Königsberg 939,51, Köln 200, Lahr 110, Landeshut 145, Leipzig 1000, Lübeck 1000, Lützenwalde 300, Lüdenscheid 75, Magdeburg 1600, Mannheim 1300, Meerane 200, Meise 9,87, Merseburg 1000, Moers 110, Münster 50, Neustrelitz 200, Osnabrück 120, Posen 150, Reichenbach 200, Reichenburg 100, Sagan 51,20, Schwerin 400, Sorau 100, Stettin 1200, Torgau 800, Ulm 250, Waldenburg 200, Weiden 125, Weimar 200, Wiesbaden 480, Worms 250, Würzburg 1000. J. Reich, Kassier.

Vom 8. bis 15. August ist die 32. Beitragswoche.

Sterbefälle.

Breslau. (Zahlstelle Haynau.) Am 5. Juli starb im Alter von 60 Jahren unser Kollege Julius Schäfer, infolge Unfalls. Darmstadt. Unser langjähriges treues Mitglied, Josef Karst ist nach längerem Leiden verschied. Gießen. Am 28. Juni starb im Alter von 20 Jahren junges Mitglied Heinrich Repler (Zahlstelle Gießen) an Lungentuberkulose. Hamburg. Am 20. Mai ist unser Kollege Adolf Schmidt im Alter von 51 Jahren gestorben. — Am 26. Juni starb unser Mitglied Hermann Zint im Alter von 63 Jahren. Köln. Am 15. Juli starb der Kollege Emil Graß geboren am 24. September 1863, an Leberkrebs. — Am 22. Juli scheidet der Kollege Kaspar Umbach geboren am 5. August 1863, freiwillig aus dem Grund lange Arbeitslosigkeit. Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Der Kollege Alex Ossowski, geboren 18. 11. 1891, eingetreten 18. 2. 1921, Buch-Nr. 6755, über die Fälligkeit der Beiträge, werden gebeten, umgehend die Adresse mitzuteilen nach Filiale Delfau in der Mariannenstraße 81, part. r.

Welcher Filiale

ist der Aufenthalt des Kollegen Max Willi Koenig geboren 28. 7. 1906 zu Plauen i. V., bekannt bzw. angeben. Die Eltern haben seit einem Jahre keine Nachrichten mehr von ihm. Die Eltern sind umgehend an den Kollegen W. Zillig Plauen i. V., Pausaer Straße Nr. 95 (Gewerkschaftshaus) zu richten.

Badische Landes-Malerfachschule Karlsruhe (Baden)

Semesterbeginn 1. Oktober 1926

Aufnahmedauer 5 Monate

Schluss der Anmeldungen 15. September

Prospekt durch die Direktion